

AUSGABE 6 | 2022

STÄDTETAG AKTUELL



Inhalt

IM BLICKPUNKT

Städtetags-Austausch mit ukrainischen Bürgermeistern

Sorge wegen Gasmangel

Urban7 Mayors Declaration

Grundsteuerreform

Tag des öffentlichen Dienstes

AUS DEN STÄDTEN

Hannover will 365-Euro-Ticket für Ehrenamtliche

Frankfurt am Main besonders lebenswert

Hamburg, Berlin, Köln, Osnabrück Topp bei E-Bussen

FORUM

Digitaltag 2022: Preise für digitales Miteinander gehen nach Berlin und Köln

FACHINFORMATIONEN



v.r.n.l. Helmut Schleweis, Präsident Sparkassen- und Giroverband; Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer Deutscher Städtetag; Oberbürgermeister Markus Lewe, Präsident Deutscher Städtetag; Iwan Fedorow, Bürgermeister der Stadt Melitopol; Oleksandr Slobozhan, Hauptgeschäftsführer des Verbandes ukrainischer Städte; Übersetzerin; zugeschaltet: Anatolij Fedoruk, Bürgermeister der Stadt Butscha (Foto: Volker Bästlein)

Der Wiederaufbau als Perspektive: Städtetag im Austausch mit ukrainischen Bürgermeistern

Die Mitglieder des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages haben sich während ihrer Sitzung am 23. Juni in Berlin mit Bürgermeistern aus der Ukraine ausgetauscht und sich auf ein gemeinsames Handeln verständigt. Die deutschen Städte wollen den Wiederaufbau der Ukraine aktiv unterstützen. Sie appellieren an die Bundesregierung und die EU-Kommission, eine Gesamtstrategie für den Wiederaufbau zu entwickeln, an der die Städte beteiligt werden. Das sagte der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster, an diesem Tag der Deutschen Presse-Agentur (dpa). „Absolut richtig“ sei es, die Ukraine zum EU-Beitrittskandidaten zu ernennen.

Die Aussagen von Städtetagspräsident Markus Lewe im Wortlaut:

„Wir stehen fest an der Seite der Menschen in der Ukraine. Die deutschen Städte wollen deshalb den Wiederaufbau der Ukraine aktiv unterstützen. Das haben wir (...) in einem bewegenden Gespräch mit ukrainischen Kommunalpolitikern klar gesagt und dieses Signal senden wir auch in Richtung Bundesregierung. Die Folgen des schrecklichen russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sind verheerend. Das sehen wir jeden Tag in den Nachrichten. Beim Wiederaufbau der verwüsteten Städte und Regionen müssen sehr viele Kräfte zusammenwirken.“

„Die Ukraine ist ein Teil des demokratischen Europas. Wir halten es deshalb für absolut richtig, die Ukraine zum EU-Beitrittskandidaten zu ernennen.“

Oberbürgermeister
Markus Lewe,
Präsident des Deutschen
Städtetages

Der Städtetag begrüßt die Pläne, eine europäische Allianz der Städte und Regionen für den Wiederaufbau der Ukraine zu schmieden. Die von der EU-Kommission angekündigte Wiederaufbau-Plattform ist ein gutes Instrument. Wir appellieren an die Bundesregierung und die EU-Kommission, eine Gesamtstrategie aufzusetzen, in der alle politischen Ebenen einschließlich der Städte beteiligt werden.

Im Moment stehen noch Maßnahmen der Solidarität und der humanitären Hilfe im Vordergrund. Aber es laufen schon Planungen für den Wiederaufbau – für Schulen, Krankenhäuser, Wohnungen, Verkehrsverbindungen und vieles mehr. Städte können einen wichtigen Beitrag zum Wiederaufbau leisten. Vor Kriegsbeginn gab es etwa 75 Städtepartnerschaften oder -freundschaften deutscher und ukrainischer Städte. In diesen Verbindungen wird viel vertrauensvolle Zusammenarbeit praktiziert. Und in den vergangenen Monaten sind einige neue Partnerschaften dazugekommen.

Starke Städte sind Kern der Demokratie. Deshalb wollen wir uns weiter engagieren, um die Dezentralisierung der Ukraine und den Austausch von Expertenwissen zu stärken.

Die Ukraine ist ein Teil des demokratischen Europas. Wir halten es deshalb für absolut richtig, die Ukraine zum EU-Beitrittskandidaten zu ernennen.“

TITELFOTO

Radfahren und Spielen, wo sonst in Dortmund Autos fahren

Dass Dortmund im Mittelalter eine recht große und bedeutende Stadt war, ist unter anderem an der Straßenführung bis heute gut erkennbar. Ungefähr dort, wo damals die Stadtmauer verlief, umzieht heute ein vielspuriger Straßenring die Innenstadt – fast immer vielbefahren.

Am 12. Juni war das anders: FestiWall hieß das autofreie Konzept dieses Tages. Die äußeren Wallspuren des Schwanen- und des Ostwalls blieben nur offen für Rad, E-Bike, Pedelec, Inline-Skates und Rollschuhe. Auf den inneren Spuren waren zur gleichen Zeit viele hundert Bierzeltgarnituren und Bühnen aufgebaut. Die boten gut 17.000 Dortmunderinnen und Dortmundern Platz für Basteln, Spielen, Tauschbörsen, Musik und für Informationen – auch zur Verkehrswende.

(Foto: Dortmund-Agentur, Roland Gorecki)

Städte besorgt wegen Gasmangel und Auswirkungen auf Städte und Menschen

„Die Lage ist sehr ernst“ – mit diesen Worten kommentierte Oberbürgermeister Markus Lewe, Präsident des Deutschen Städtetages, am 24. Juli gegenüber der Rheinischen Post die Entscheidung von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck für die neue Alarmstufe des Notfallplans Gas und die Auswirkungen auf Städte und Menschen. Lewe sagte dazu wörtlich:

„Die Städte sind sehr besorgt über den Gasmangel und seine Folgen. Wir müssen der Realität viel klarer ins Auge sehen und sie deutlich aussprechen. Wir wollen keine Panikmache, aber das Bewusstsein der Menschen für den Ernst der Lage muss noch geschärft werden.

Die Lage ist sehr ernst. Wir müssen jetzt alles dafür tun, die Gasspeicher weiter zu füllen. Damit wir alle im Winter warme Wohnungen haben und die kritische Infrastruktur in den Städten abgesichert ist.

Die Städte unterstützen deshalb die Vorsorgemaßnahmen des Bundes. Energie einsparen und auf Erneuerbare umbauen so schnell es geht – jede und jeder kann dafür etwas tun. Auch die Städte werden ihren Beitrag leisten. Wir sparen bei unseren kommunalen Betrieben und über 180.000 kommunalen Gebäuden, wo es geht. Auch der Umbau auf erneuerbare Energien geht weiter.

Gleichzeitig wächst der Druck auf die Stadtwerke mit jedem Tag durch die rasant steigenden Energiepreise. Diese Preise einfach weiterzugeben an die Verbraucher, ist mit der Alarmstufe kein Automatismus. Die Gesellschaft muss den Spagat schaffen: Geben die Stadtwerke die Preise ungebremst weiter, werden sich viele Menschen ihr Leben nicht mehr leisten können. Werden die Preissteigerungen nicht weitergegeben, drohen Pleiten der kommunalen Versorger.

Wir brauchen deshalb erstens keine über Nacht geschnürten Entlastungspakete mit der Gießkanne mehr, sondern gezielte Hilfen für die, die wenig haben. Und zweitens müssen die Stadtwerke unter den Schutzschild des Bundes für die Wirtschaft kommen, wenn sie in Liquiditätsnöte geraten. Ich appelliere an den Bundeswirtschaftsminister, sprechen Sie jetzt mit uns über die sich zuspitzende Situation.“



Foto: Paul-Philipp Braun

„Die Städte unterstützen deshalb die Vorsorgemaßnahmen des Bundes. Energie einsparen und auf Erneuerbare umbauen so schnell es geht – jede und jeder kann dafür etwas tun.“

Oberbürgermeister
Markus Lewe,
Präsident des Deutschen
Städtetages

Im Vorfeld des G7-Gipfels: Städtetag übergibt internationale „Bürgermeister-Erklärung“

Die Städte haben die die G7-Staaten aufgefordert, die urbane Welt in ihre Entscheidungen einzubeziehen. Globale Herausforderungen lassen sich nur gemeinsam mit den Städten lösen. Dazu übergab am 24. Juni kurz vor Beginn des G7-Gipfels in Elmau der Hauptgeschäftsführer des Städtetages Helmut Dedy die „Urban7 Mayors Declaration“ an die Bundesregierung. Stellvertretend nahm Carsten Schneider, Staatsminister beim Bundeskanzler und Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland, das Papier entgegen.

Die Deklaration war Anfang Mai von Stadt-oberhäuptern aus den USA, Kanada, Japan, Italien, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Deutschland auf dem virtuellen „U7 Mayors Summit“ verabschiedet worden. Sie enthält Forderungen und Erwartungen an die internationale Politik – insbesondere mehr Mitsprache der Städte als eigenständige Akteure und Berücksichtigung der urbanen Perspektive durch die G7. Die Städte definieren sich darin als die Motoren des Wandels: Frieden, Demokratie und Nachhaltigkeit ließen sich nur dann stärken, wenn die internationale Zusammenarbeit der G7 auch die Perspektive der Städte einbezieht.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages Helmut Dedy sagte: „Die Folgen des Klimawandels, der Corona-Pandemie oder auch des Ukraine-Krieges spüren die Menschen in ihrem Alltag. Wenn das Gas knapp wird, Flüchtlinge um Hilfe bitten oder wegen hoher Infektionszahlen Personal fehlt, sind es die Städte, die vor Ort Lösungen finden und handeln. Die Städte unterstützen die Vision der deutschen G7-Präsidentschaft: Eine gerechtere Welt ist unsere Zukunft. Für dieses Ziel wollen die Städte als anerkannte Partner ihren Beitrag leisten. Das macht die 'Urban7 Bürgermeister-Erklärung' deutlich.“

„Städte müssen über eine Engagement Group strukturiert in den G7-Prozess einbezogen werden. Die urbane Perspektive



Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, übergibt Carsten Schneider, Staatsminister beim Bundeskanzler und Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland, die „Bürgermeister-Erklärung“. (Foto: Deutscher Städtetag, Leon Kügeler photothek)

muss sich im Abschlusskommuniqué des G7-Gipfels in Elmau kommende Woche wiederfinden.“

Dr. Peter Kurz, Oberbürgermeister der Stadt Mannheim, Vorsitzender des Global Parliament of Mayors und Sonderbeauftragter des Deutschen Städtetages für den Urban7-Prozess, sagte: „Es ist ein großer Erfolg, dass in diesem Jahr ein Urban Summit stattfand, im Rahmen dessen eine umfassende Erklärung verabschiedet wurde, die auf viele Schwerpunktthemen der deutschen G7 Präsidentschaft Bezug nimmt. Wir erleben, dass die G7 Fachministertreffen unsere Forderungen und Empfehlungen aufgreifen und haben diese Erwartung auch an das Gipfeltreffen in Elmau.“

„Wir setzen darauf, dass über die G7 ein entscheidender Beitrag gelingt, der Stimme der Städte in internationalen politischen Prozessen dauerhaft Gehör zu verschaffen.“

Hintergrund: Der Deutsche Städtetag hat sich mit dem Global Parliament of Mayors und dem Städtenetzwerk ICLEI zu einer Urban7-Allianz zusammengeschlossen.

➔ <https://g7u7.org>

Grundsteuererklärungen: Deutscher Städtetag wirbt fürs Mitmachen

In elf Bundesländern sind die Eigentümerinnen und Eigentümer von Grundstücken verpflichtet, den Finanzämtern Angaben zu ihren Grundstücken zu machen. Die fünf weiteren Bundesländer haben eigene Gesetze für die Grundsteuer verabschiedet und weichen vom Bundesmodell der Grundsteuerreform ab. Zur Umsetzung der Grundsteuerreform erklärt Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages:

„Die Grundsteuer ist eine wichtige Einnahme für Städte und Gemeinden. Wer ein Grundstück besitzt, profitiert von der Infrastruktur in seiner Stadt. Er trägt gleichzeitig mit der Grundsteuer dazu bei, die Lebensqualität in seiner Stadt zu finanzieren: Schulen und

Kitas, Parks und Bibliotheken, Busse, Bahnen, Straßen und Radwege.

Die bisherige Grundsteuer aber ist ungerecht. Sie wird auf der Basis von Werten der Jahre 1935 oder 1964 berechnet. Das Bundesverfassungsgericht hat die alte Grundsteuer deshalb verworfen. Die notwendige Reform der Grundsteuer wird jetzt umgesetzt. Dazu gibt es in den kommenden Monaten eine Art Inventur. Alle Grundstücke werden neu bewertet. So wird die neue Grundsteuer gerechter. Die Finanzämter brauchen nun die Unterstützung der Eigentümerinnen und Eigentümer von Grundstücken.

Zwischen dem 1. Juli und dem 31. Oktober müssen Grundsteuererklärungen beim Finanzamt abgegeben werden. Wir werben als Städtetag dafür, dass die Grundstückseigentümer in den nächsten Wochen bei dieser Inventur mitmachen. Dann können die Städte die Grundsteuer weiter in die gute Lebensqualität vor unserer Haustür stecken.

Im Jahr 2021 betragen die Einnahmen immerhin rund 13,5 Milliarden Euro. Damit ist die Grundsteuer eine der wichtigsten Einnahmequellen für Städte und Gemeinden. In Zukunft werden einige Grundstücksbesitzer mehr und andere weniger zahlen als bisher. Aber: Insgesamt wird es gerechter – das ist den Städten wichtig. Und die Städte wollen insgesamt durch die Reform das Aufkommen durch die Grundsteuer nicht erhöhen. Bis die Reform in der Praxis greift, gibt es noch einiges zu tun. 2025 gilt dann die neue Steuer.“

Erklärvideo zur #Grundsteuerreform

Die Finanzverwaltungen der Länder und des Bundes haben gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag und dem Städte- und Gemeindebund ein Erklärvideo zur Grundsteuerreform produziert.

➔ www.youtube.com/watch?v=3f7wfW_c2cl

Tag des öffentlichen Dienstes: Städte und Städtetag sagten Danke

Zum 18. Internationalen Tag des öffentlichen Dienstes am 23. Juni 2022 haben über 50 Mitgliedsstädte des Deutschen Städtetages in einer gemeinsamen Twitter-Aktion den Mitarbeitenden „Danke“ gesagt. Unter dem Hashtag #TagdesöffentlichenDienstes war-

ben die Städte für die vielfältige Arbeit in den Städten – im Dienste des Gemeinwohls. Den Anfang macht der Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Münster, Markus Lewe mit seinem Tweet.



Alle weiteren Zitate der Aktion unter:

➔ <https://t1p.de/staedte-sagen-danke>



Hannover: 365-Euro-Ticket für Ehrenamtliche

Für 365 Euro im Jahr sollen Inhaberinnen und Inhaber der Ehrenamtskarte in der Region Hannover den ÖPNV nutzen dürfen. Wenn alle Beteiligten schnell sind, kann das schon zum 1. September 2022 möglich werden und damit pünktlich zum Ablauf des durch den Bund geförderten 9-Euro-Tickets.

Damit sollen Zeitaufwand und Tatkraft von Ehrenamtlichen etwa im Sport, im Rettungswesen, in der Kultur, im Umweltschutz, in der Flüchtlings- und Nachbarschaftshilfe gewürdigt werden.

➤ www.hannover.de

Wolfsburg: Plattform für Bildung, Freizeit, Beratung

Die Stadt Wolfsburg hat auf einer neuen Plattform zentrale Angebote für die Bereiche Bildung, Freizeit und Beratung versammelt. Sie trägt den Namen Wolfsburger Lupe, kostet nichts und ist in verschiedenen Sprachen nutzbar. Außerdem bietet sie eine nutzerfreundliche Suchfunktion.

➤ www.wolfsburgerlupe.de



WOLFSBURGER LUPE
DEINE PLATTFORM FÜR BILDUNG, FREIZEIT UND BERATUNG.

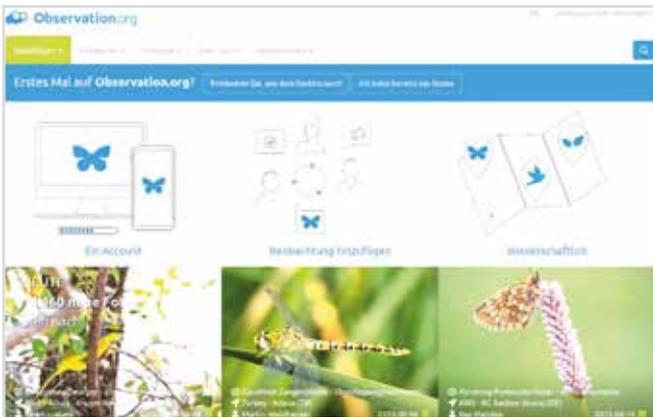
Hamburg, Berlin, Köln, Osnabrück: Topp bei E-Bussen

Rein nach Anzahl der E-Busse in der Stadtflotte sind Hamburg, Berlin und Köln in Deutschland auf den Topp-Plätzen. Als „heimliche“ E-Bus-Hauptstadt müsse jedoch Osnabrück gelten – zumindest, wenn man die Anzahl der batteriebetriebenen Fahrzeuge ins Verhältnis setze zur Anzahl der Dieselsebusse, so der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV)

➤ <https://lnkd.in/ej5htptd>

Foto: vhh





Münster und andere Städte: Artenzählung via Smartphone

Observation.org ruft mit Unterstützung vieler unterer Naturschutzbehörden zur Artenbestimmung und Zählung heimischer Tiere und Pflanzen auf. Aktuell von Interesse sind Hummeln, Bienen, Schwebfliegen, Tagfalter und weitere Bestäuber. Genutzt werden soll dafür die Bestimmungsass „ObsIdentify“. Die Bestäuber sind wichtig, denn in Europa werden rund 85 Prozent der angebauten Feldfrüchte durch Insekten bestäubt.

- www.bioblitz.lwl.org
- www.observation.org

Frankfurt am Main besonders lebenswert

Frankfurt am Main hat es auf Platz 7 der lebenswertesten Städte weltweit geschafft. Auf Platz 1 kam die Stadt Wien gefolgt von Kopenhagen, Zürich und Calgary. Maßgeblich für das jährliche Ranking des EIU Lebensqualitäts-Index sind eine Vielzahl von Faktoren zu den Lebensbedingungen.

- eiu.com/liveability



Foto: Stadt Frankfurt am Main, Stefan Mauer



„Holzhochhaus“ in Wiesbaden

Im Wiesbadener Stadtteil Kastell entsteht auf einem ehemaligen Kasernengelände zurzeit ein achtgeschossiger markanter Wohnturm in Holzhybridbauweise. In dem Bau sollen 21 Wohneinheiten und im Erdgeschoss eine dreigruppige Kindertagesstätte Platz finden. Die Projektleitung liegt bei der SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH.

- <https://t1p.de/Holzhybridbau-Wohnturm>

Digitaltag 2022: Digitalisierung erleben

Achim Berg | Bitkom e.V.

Markus Lewe | Deutscher Städtetag

Eva Maria Welskop-Deffaa | Deutscher Caritasverband e.V.

Dr. Markus Richter | Bundesministerium des Innern und für Heimat

Digitaltag
2022

Berlin, 21. Juni 2022

Aktionstag am
24. Juni 2022

Menschen müssen unterscheiden können, was sind Fake News und was ist real.

Die digitale Teilhabe in der gesamten Gesellschaft zu fördern, das war das Ziel des Digitaltages, der am 24. Juni zum dritten Mal stattfand und von Bundesinnenministerin Nancy Faeser offiziell gestartet wurde. Bei über 2.000 Veranstaltungen und Aktivitäten Deutschlandweit konnten Interessierte die Digitalisierung erleben. Das Angebot reichte von Seminaren und Live-Streams über Beratungsangebote, Tage der offenen Tür bis hin zu Hackathons. Der Deutsche Städtetag ist als Mitglied der Initiative „Digital für alle“ einer von 28 Partnern des Aktionstages. Anlässlich einer Pressekonferenz zum Digitaltag und den Ergebnissen einer repräsentativen Studie im Auftrag der Initiative „Digital für alle“, sagte Städtetagspräsident Markus Lewe:

„Wir müssen die digitale Spaltung in unserem Land überwinden und wir müssen für mehr digitale Kompetenzen in allen Bevölkerungsgruppen sorgen. Dafür sind gezielte Angebote nötig, in Kindergärten, Schulen und Ausbildungszentren, aber auch in der

Erwachsenenbildung an Volkshochschulen oder bei Fortbildungen in Unternehmen. Sich in der digitalen Gesellschaft zurechtzufinden, ist eine Frage der Teilhabe. Jeder muss die Chance haben, da mitkommen zu können.

Wenn nur jeder Zweite aktuell richtig einschätzen kann, ob Informationen im Netz von einer vertrauenswürdigen Quelle kommen, ist das ein ernstes Problem. Unsere gesellschaftlichen Diskurse wie unsere Demokratie im Ganzen leben von der Meinungsbildung. Die aber setzt verlässliche Informationen voraus. Deshalb müssen die Menschen unterscheiden können, was sind Fake-News und was ist real. Sie müssen den Wahrheitsgehalt von Informationen erkennen können. Das hilft auch beim Umgang mit Hass und Gewalt in den Sozialen Netzen.

Desinformationskampagnen, Hass- und Gewaltaufrufe im Digitalen wirken oft auch im realen Leben. Sie haben zu oft eine zerstörerische Kraft. Zu viele Kommunalpolitikerin-

nen und Kommunalpolitiker haben das in der Vergangenheit selbst erlebt. Sie wurden im Internet angegriffen, aber auch auf offener Straße, vor der eigenen Wohnung oder im Rathaus. Hier muss die Strafverfolgung endlich wirksamer werden, digital wie analog. Menschen, die sich für unsere Gesellschaft engagieren, brauchen unseren Beistand, brauchen unseren Zusammenhalt und unsere Solidarität.“

Studie der Initiative „Digital für alle“

Eine große Mehrheit (87 Prozent) der Bevölkerung sieht die Digitalisierung als Chance. Auch 71 Prozent der über 75-Jährigen sehen das so. Das ist ein zentrales Ergebnis der repräsentativen Studie im Auftrag der Initiative „Digital für alle“ anlässlich des Digitaltages.

Die allgemeine Offenheit für digitale Technologien ist ebenfalls groß: Neun von zehn (88 Prozent) stehen digitalen Technologien positiv gegenüber. Für 89 Prozent sind digitale Technologien aus dem eigenen Leben nicht mehr wegzudenken; für 80 Prozent machen sie das Leben leichter.

Zugleich sieht eine Mehrheit (58 Prozent) das Land digital gespalten und befürchtet, dass nicht alle Menschen in gleichem Maße vom technologischen Fortschritt profitieren. Der Anteil der Menschen, die eine Spaltung wahrnehmen, nimmt im Vergleich zum Vorjahr jedoch ab (2021: 65 Prozent). Bei der Frage, ob die Digitalisierung zu schnell oder zu langsam geht, zeigt sich ein geteiltes Bild: 57 Prozent sagen, die Digitalisierung gehe zu langsam, 23 Prozent halten das Tempo für genau richtig und 18 Prozent geht die Digitalisierung zu schnell. Letzteres sagen insbesondere die über 75-Jährigen (36 Prozent).

Wichtig sind den Befragten Maßnahmen zur Stärkung der Digitalkompetenz. Acht von zehn (83 Prozent) wünschen sich, dass digitale Medien- und Informationskompetenzen über die gesamte Bildungskette hinweg gefördert werden. Passend dazu sagen 57 Prozent, dass kostenfreie Schulungs- und

Weiterbildungsangebote geschaffen werden sollten. 71 Prozent wünschen sich barrierefreie digitale Angebote, z.B. durch einfache Bedienung und Erklärungen in leichter Sprache.

Preis für digitales Miteinander

Anlässlich des Digitaltages wurde der mit 20.000 Euro dotierte „Preis für digitales Miteinander“ in zwei Kategorien verliehen. Ausgezeichnet wurde das Projekt „Digitales Zuhause – Internet, Medienkompetenz und Inklusion für wohnungslose Menschen“ des Vereins Neue Chance e.V. in der Kategorie „Digitale Teilhabe“ sowie die „Senf.app“ in der Kategorie „Digitales Engagement“. Insgesamt hatten sich mehr als 250 Projekte und Initiativen beworben.

Der Verein Neue Chance Berlin e.V. eröffnet wohnungslosen Menschen Wege zur digitalen Teilhabe. Im Fokus des Projekts „Digitales Zuhause“ stehen die Versorgung Wohnungsloser mit digitalen Endgeräten sowie persönliche Schulungen durch erfahrene Fachkräfte der Sozialarbeit im Betreuten Wohnen, aber auch in Notübernachtungen und anderen Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe. Weitere Informationen: [↗ https://neuechanceberlin.de](https://neuechanceberlin.de)

Die Senf.app ist eine für alle Akteurinnen und Akteure der Stadtentwicklung offene zugängliche Plattform für bürgerschaftliches Engagement und Partizipation in Köln: Über eine kartenbasierte Web-App können Bürgerinnen und Bürger in Köln ihren „Senf“ für eine nachhaltige Stadtentwicklung dazugeben. Beispielsweise zu Fragen wie: Wo sollten Radwege ausgebaut oder die Stadt inklusiver gestaltet werden? [↗ https://senf.app](https://senf.app)

Digitaltag
2022

[↗ https://digitaltag.eu](https://digitaltag.eu)



Neue Studie zu Hass, Hetze und Gewalt

Die Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus des Bundeskriminalamtes und die Kommunalen Spitzenverbände rufen zur Teilnahme an einer weiteren Umfrage zu Hass, Hetze und Gewalt gegen Amtsträger auf. Die Online-Befragung von (Ober)Bürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern ist Teil des von zwei Bundesministerien geförderten Verbundprojektes MOTRA. Ein ausführlicher Ergebnisbericht der ersten Befragung wird ab dem 1. September 2022 abrufbar sein.

Erste Ergebnisse stehen schon jetzt unter:
www.motra.info



13. Europäisches Filmfestival der Generationen

Vom 1. Oktober bis zum 30. November 2022 soll das Europäische Filmfestival der Generationen als bundesweite Veranstaltungsreihe stattfinden. Erklärtes Ziel des nicht-kommerziellen Festivals ist es, den Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Generationen und Kulturen zu fördern. Dafür laden die Veranstalter, die Katholische Hochschule Freiburg und das Institut für Gerontologie der Universität Freiburg, Kommunen ein, sich mit Beiträgen zu beteiligen. Themen sind unter anderem Alter und Demografischer Wandel sowie Zukunftsfragen wie Klimawandel, Migration, Inklusion und gesellschaftlicher Zusammenhalt.

Die Anmeldung erfolgt online:

<https://festival-generationen.de>



Kurzbroschüre und Konzeptpapier zum kommunalen Klimaschutz

Der Weg in eine klimaneutrale Wirtschaft und Gesellschaft braucht massive Unterstützung. Doch wie kann der Bund zusammen mit den Ländern kommunale Klimaschutzmaßnahmen klug fördern? Zu dieser Fragestellung hat der Deutsche Städtetag ein Konzept entwickelt. Es verdeutlicht die Vorteile eines Paradigmenwechsels in der Förderpolitik. Außerdem zeigt es, wie ein hoher Grad an kommunaler Autonomie mit schneller Umsetzbarkeit und nachweisbarer klimapolitischer Wirksamkeit kombiniert werden können. Die passende Förderung zeigt sich zielgerichtet und wirkungsorientiert, verlässlich, schlank und flexibel.

Kurzbroschüre:

<https://t1p.de/KuBrokommKlimaschutz>

Konzeptpapier:

<https://t1p.de/KopakommKlimaschutz>

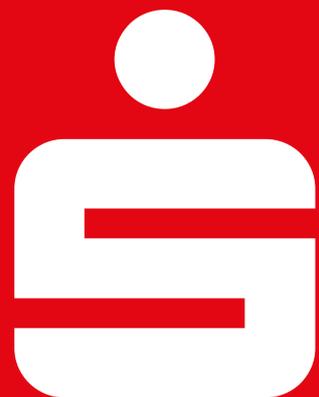


Der Wandel kommt überall hin. Gut, dass wir schon da sind.

Deutschlands starke Partnerin für Nachhaltigkeit.

Auf dem Weg in eine nachhaltigere Zukunft kann ganz Deutschland auf die Unterstützung der Sparkassen-Finanzgruppe zählen. Mit der größten Finanzierungssumme für den Mittelstand und als Partnerin von 40 Millionen Privatkundinnen und -kunden machen wir uns stark für einen Wandel, der für alle zum Erfolg wird. Im Großen wie im Kleinen. Mehr erfahren: sparkasse.de/mittelstand

Weil's um mehr als Geld geht.



Neu im Amt



Foto: Stadt Auerbach/Vogtl, Hagen Hartwig

Auerbach/Vogtland: Jens Scharff (parteilos) wurde zum neuen Oberbürgermeister von Auerbach/Vogtland gewählt. Er tritt sein Amt am 1. August an und folgt auf Manfred Deckert (parteilos), der das Amt seit 2008 inne hatte.



Foto: www.hinzfoto.de, Holger Hinz

Bautzen: Neuer Oberbürgermeister von Bautzen wird **Karsten Vogt**. Der Christdemokrat tritt sein Amt am 22. August an und wird Nachfolger von Alexander Ahrens. Der Sozialdemokrat leitet die Geschicke der Stadt seit 2015.



Foto: Stadt Abensberg

Deutscher Städte- und Gemeindebund: Dr. Uwe Brandl, Erster Bürgermeister der Stadt Abensberg, wird ab dem 1. Januar 2023 neuer DStGB-Präsident. Dieses Amt hatte er bereits von 2018 bis 2020 inne. Er folgt auf Ralph Spiegler, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Nieder-Olm, der nun Vizepräsident des Spitzenverbandes ist.



Foto: CDU Essen

Städtetag Nordrhein-Westfalen: Oberbürgermeister **Thomas Kufen**, Stadt Essen, wurde bei der Mitgliederversammlung des Städtetages NRW Anfang Juni zum neuen Vorsitzenden des Verbandes gewählt. Der Christdemokrat folgt auf Pit Clausen (SPD), Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld. Clausen war seit 2014 insgesamt vier Jahre Vorsitzender und weitere vier Jahre stellvertretender Vorsitzender des Verbandes. Er ist außerdem seit 2021 einer der Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Städtetages. Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Städtetages NRW wurde Oberbürgermeister **Thomas Eiskirch** (SPD), Stadt Bochum, gewählt.



Foto: Stadt Bernau bei Berlin

Bernau bei Berlin: André Stahl (Die Linke), Bürgermeister von Bernau bei Berlin, wurde in seinem Amt bestätigt. Er steht seit 2014 an der Spitze der Stadt und engagiert sich seit 2021 im Präsidium des Deutschen Städtetages.



Foto: R. Pitzschke

Delitzsch: Dr. Manfred Wilde (parteilos), Oberbürgermeister der Stadt Delitzsch, wurde in seinem Amt bestätigt. Er steht seit 2008 an der Spitze der Stadt Delitzsch und engagiert sich seit 2012 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: SVF, Detlev Müller

Freiberg: Oberbürgermeister **Sven Krüger** (parteilos), Stadt Freiberg, wurde wiedergewählt. Er leitet seit 2015 die Geschichte der Universitätsstadt und engagiert sich seit 2016 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

Geburtstage



Foto: Michael Farkas

Eva Döhla, Oberbürgermeisterin der Stadt Hof, feiert am 19. Juli ihren 50. Geburtstag. Die Sozialdemokratin steht seit 2020 an der Spitze der Stadt Hof.



Foto: Philipp Marthaler

Universitäts- und Hansestadt Greifswald: Oberbürgermeister **Dr. Stefan Fassbinder** (Bündnis 90/Die Grünen) wurde in seinem Amt bestätigt. Die Geschichte der Stadt Greifswald leitet Dr. Fassbinder seit 2015. Er engagiert sich seit 2018 im Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: Frank Liebke

Bürgermeister **Thomas Günther**, Stadt Hennigsdorf, wird am 8. August 55 Jahre alt. Der Sozialdemokrat leitet seit 2018 die Geschichte der Stadt Hennigsdorf.



Foto: Stadt Gräfelting

Erster Bürgermeister **Peter Köstler** (CSU), Gemeinde Gräfelting, begeht am 30. August seinen 50. Ehrentag. An der Spitze der Gemeinde Gräfelting steht er seit 2020.



Foto: Stadt Kempten

Thomas Kiechle (CSU), Oberbürgermeister der Stadt Kempten (Allgäu), feiert am 19. August seinen 55. Geburtstag. Er führt die Geschichte der Stadt bereits seit 2014 und ist seitdem auch Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: Eckl Raif

Oberbürgermeister a.D. **Claus Ruhe Madsen** (parteilos), Hanse- und Universitätsstadt Rostock, begeht am 27. August seinen 50. Ehrentag. Er leitete seit 2019 die Geschichte der Stadt Rostock bis Ende Juni und wechselt als Wirtschaftsminister in die Landesregierung von Schleswig-Holstein. Auch die Themen Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus gehören dort zu seinem Ressort.



Foto: Stadt Ludwigshafen, Joachim Werkmeister

Die Oberbürgermeisterin von Ludwigshafen am Rhein, **Jutta Steinruck**, feiert am 1. September ihren 60. Geburtstag. Die Sozialdemokratin steht seit 2018 an der Spitze der Stadt.



Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Daniela Schönwälder
Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya.de